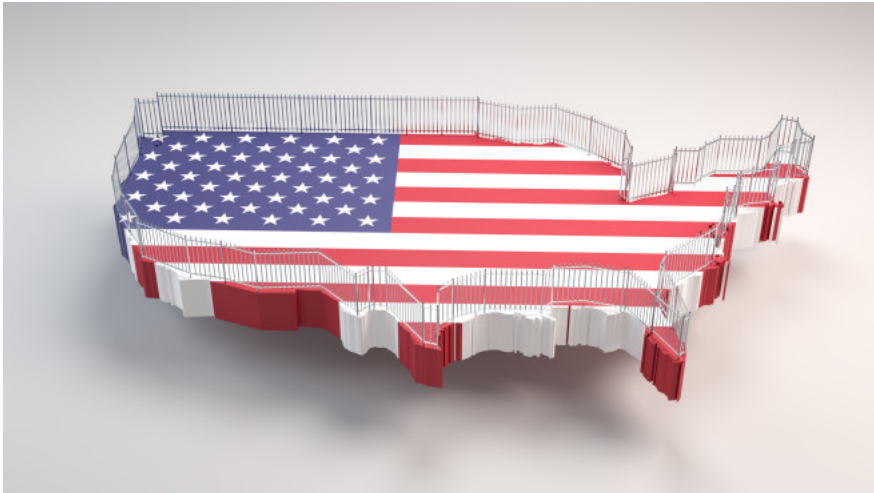




US-Zölle auf Schweizer Importe: Schädlich und unbegründet

Das Wichtigste in Kürze:

- Die USA erheben ab dem 5. April Basiszölle in der Höhe von 10 Prozent für alle Importe und ab dem 9. April länderspezifische Zölle von bis zu 49 Prozent gegen einzelne Handelspartner („reciprocal tariffs“).
- Schweizer Exporte in die USA sind davon direkt betroffen mit einem übermässig hohen Zollsatz von 31 Prozent.
- Für die Schweizer Exportwirtschaft bedeutet die heutige handelspolitische Eskalation eine ernsthafte Belastung.
- Der Bundesrat und die Schweizer Wirtschaftsdiplomatie sind gefordert, die Situation mit der US-Regierung rasch zu klären. Die Schweiz hat beste wirtschaftliche Argumente auf ihrer Seite.

Die USA haben heute einen Basiszollsatz von 10 Prozent auf alle Einfuhren in die USA ab dem 5. April eingeführt. Zusätzlich werden Importzölle von bis zu 49 Prozent für ausgewählte Länder ab dem 9. April in Kraft gesetzt. US-Präsident Trump begründet diese «Gegenzölle» («reciprocal tariffs») mit angeblich unfairen Handelspraktiken wichtiger Partner, darunter Zölle auf US-Produkte, Währungsmanipulation und hohe Mehrwertsteuern.

Von den neuen Zöllen ausgenommen sind unter anderem Exporte von Stahl und Aluminium (bereits mit 25 Prozent belegt). Pharmaprodukte sind gemäss der am 2. April unterzeichneten **Executive Order** nicht betroffen. Exporte von Autos und Automobilteile werden ab dem 3. April separat mit 25 Prozent verzollt.

Mit der Einführung dieser Zölle löst die US-Regierung eine neue Eskalationsstufe aus.

Übermässig hohe Zölle für Schweizer Exporte

Die neuen länderspezifischen Zölle treffen auch Schweizer Exporte in die USA direkt. Sie werden mit einem übermässig hohen Satz von 31 Prozent belegt. Dieser tritt am 9. April in Kraft. Für die Schweizer Exportwirtschaft bedeutet dieser neue Zoll eine ernsthafte Belastung. Der länderspezifische Zoll auf Schweizer Exporte fällt weitaus höher aus als jener auf EU-Exporte (20 Prozent).

Die USA sind mit rund CHF 53 Mrd. (ohne Gold) noch vor Deutschland der wichtigste Exportmarkt der Schweiz. Während bisher vor allem die Schweizer Tech-Industrie unter den US-Zöllen auf Stahl und Aluminium litt, sind von den US-Gegenzöllen nun die US-Exporte vieler Schweizer Sektoren direkt betroffen.

Die neuen US-Zölle verteuern die Schweizer Exporte, schwächen die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen und belasten das Investitionsklima. Dies geschieht in einer Phase, in der die Exportaussichten in anderen Absatzmärkten bereits eingetrübt sind.

Wirtschaftsdiplomatie muss rasch Lösungen finden

Die heutige handelspolitische Eskalation der USA markiert den vorläufigen Höhepunkt eines weltweit zunehmenden Protektionismus seit der Finanzkrise vor 17 Jahren. Heute sind unter den 20 führenden Volkswirtschaften insgesamt 4'650 Importrestriktionen in Kraft – fast zehn Mal so viele wie noch Ende 2008. Da diese protektionistischen Massnahmen die Weltwirtschaft zusehends belasten, ist deren Abbau im Interesse aller Länder.

Eine weitere Eskalation des Handelskonflikts muss verhindert werden. Der Bundesrat und die Schweizer Wirtschaftsdiplomatie sind gefordert, am Verhandlungstisch mit der US-Regierung rasch Lösungen zu finden.

Klare Argumente gegen US-Zölle auf Schweizer Produkte

Aus wirtschaftlicher Sicht gibt es keine nachvollziehbaren Gründe für US-Zölle gegen die Schweiz – im Gegenteil.

So verfolgt die Schweiz seit Jahren eine offene Handelspolitik und hat per 1. Januar 2024 ihre Industriezölle einseitig abgeschafft. Die Importzölle der Schweiz liegen insgesamt schon heute deutlich unter jenen der USA. Werden neben den Gütern auch Dienstleistungen berücksichtigt, resultiert zwischen der Schweiz und den USA ein annähernd ausgeglichener Handel.

Zudem ist die Schweiz eine **erstklassige wirtschaftliche Partnerin der USA**: Sie ist der sechstwichtigste ausländische Investor in den USA und führt diese Rangliste bei Forschung und Entwicklung sogar an. Schweizer Firmen sind für rund 400'000 Arbeitsplätze in den USA verantwortlich mit einem Durchschnittslohn von rund USD 130'000. Anders als viele Länder erhebt die Schweiz schliesslich nur eine sehr niedrige Mehrwertsteuer und hat keinen CO2-Grenzausgleichsmechanismus (CBAM) gegenüber Drittstaaten eingeführt.